



Die Siedlung Leipzig-Mockau. Haus mit Durchgang am Weidenhof.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

57. JAHRGANG. ** № 68/69. ** BERLIN, DEN 25. AUGUST 1923.

*** HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. ***

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Zur Wohnungs-Fürsorge in Leipzig.

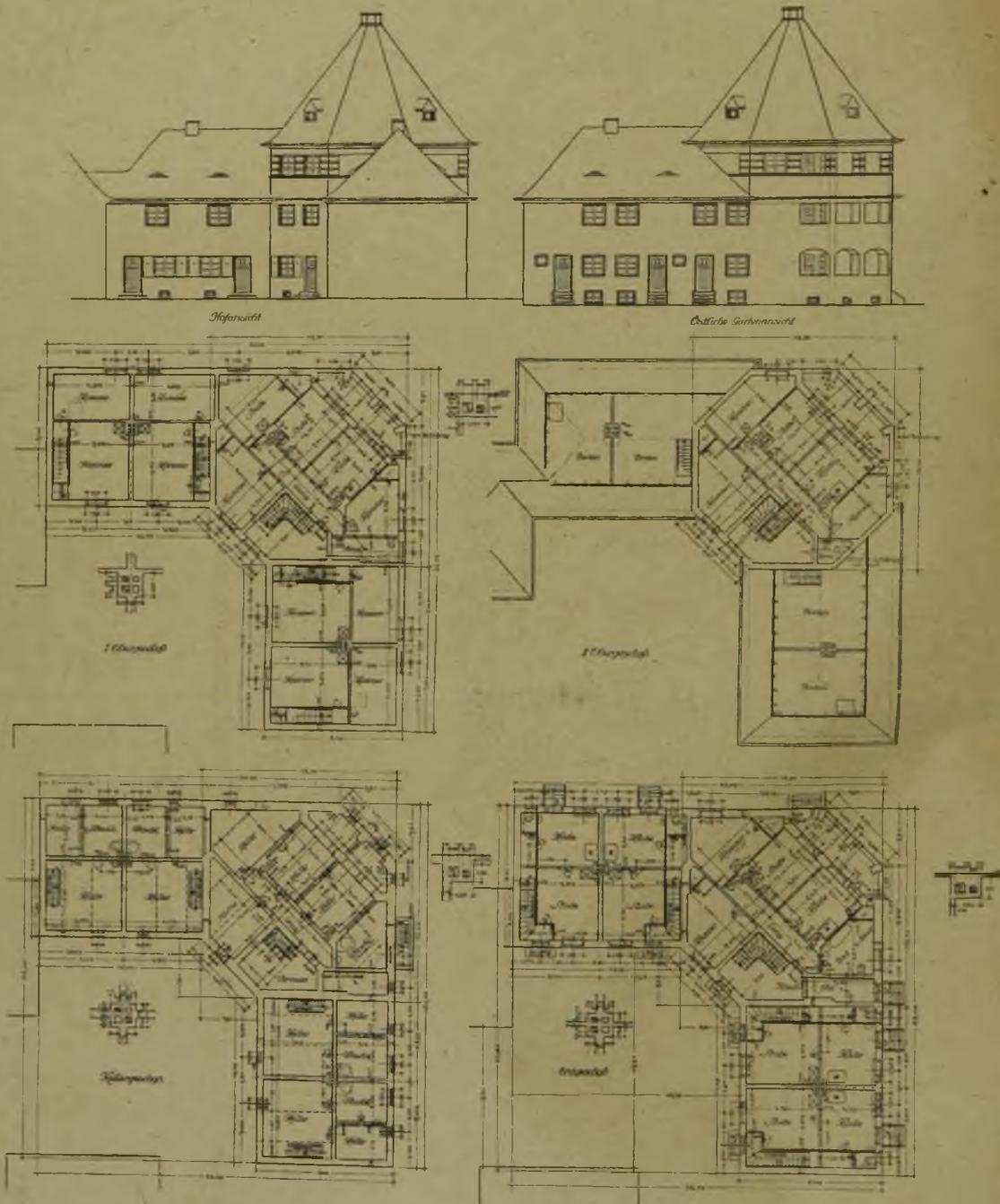
(Fortsetzung aus No. 66/67.)

In vom Wohnungs-Fürsorgeamt aufgestelltes Wohnungsbau-Programm, das der Rat Ende Juni 1920 den Stadtverordneten vorlegte, sah die Errichtung von 155 städtischen und 119 genossenschaftlichen Wohnungen vor, die einen Gesamtaufwand von rund 23 Millionen M. erfordert hätten. Infolge finanzieller Schwierigkeiten wurden jedoch zunächst nur die Mittel zum Weiterbau von 66 Wohnungen der Siedlung Mockau und für 14 Wohnungen in der neuen Siedlung an der Tabakmühle bewilligt. Mit dem Bau dieses zweiten Abschnittes der Siedlung Mockau wurde im August 1920 begonnen. Die Siedlung an der Tabakmühle konnte erst im Frühjahr 1921 begonnen werden. Inzwischen hatte der Sächsische Staat, um die ins Stocken geratene Bautätigkeit wieder zu beleben, seinerseits 50 000 000 M. aus Landesmitteln bereitgestellt. Der Stadt Leipzig wurden vom Landeswohnungsamt im August 1920 3 000 000 M. für Baukosten-Zuschüsse überwiesen. Im September 1920 überwies der Staat der Stadtgemeinde weitere 3 000 000 M. und im November 1920 nochmals 5 000 000 M., wovon je ein Drittel auf das Reich und zwei Drittel auf den Staat entfielen. Diese neuen Zuschüsse wurden nicht mehr wie bisher als verlorener Zuschuß gewährt, sondern nach den oben erwähnten Reichsrats-Bestimmungen vom 10. Januar 1920 als zunächst unverzinsliche, bedingt rückzahlbare Darlehen gegeben (sogenannte Beihilfe-Darlehen). Ihr Betrag war von vornherein fest begrenzt. Nachbewilligungen sollten unter allen Umständen ausgeschlossen sein. Auf diese Weise sollten die Bauherren zu möglichster Sparsamkeit angehalten werden, da alle Aufwendungen über die rentierlichen Baukosten und über die Zuschüsse hinaus den Bauherren selbst zur Last fielen und nur durch eine Er-

höhung der Miete verzinst werden sollten. Insgesamt standen der Stadt für das Baujahr 1920/1921 also 11 000 000 Mark Zuschußmittel von Reich und Staat zur Verfügung. Der Stadt wurde die Verpflichtung auferlegt, zu jedem einzelnen Bauvorhaben ihrerseits aus Gemeindemitteln einen Zuschuß in bestimmter Höhe zu gewähren und mit Hilfe dieser 11 Millionen M. insgesamt mindestens 275 Wohnungen herzustellen. Durch stärkere Inanspruchnahme von Gemeindemitteln, indem die Stadt über den Betrag der ihr gesetzlich obliegenden Zuschüsse hinaus hohe Beiträge leistete, hat es die Stadt aber ermöglicht, 88 Wohnungen mehr zu schaffen, insgesamt 363 Wohnungen. Es konnten finanziert werden außer dem zweiten Abschnitt der Siedlung Mockau, der 69 Wohnungen umfaßt, und dem ersten Bauabschnitt der Siedlung an der Tabakmühle mit 14 Wohnungen weitere 48 Wohnungen an der Preußen-Straße in Leipzig-Probsteida, wo eine größere städtische Wohnhäuser-Gruppe im Hochbau zur Ausführung kommen sollte. Ferner wurden Zuschüsse bewilligt zwei Eisenbahner-Baugenossenschaften, von denen die eine 28 Wohnungen in vier Häusern an der Hartmannsdorfer Straße in Leipzig-Kleinzschocher, die andere 78 Wohnungen in 13 Häusern an der Blochmann-Straße in Leipzig-Gohlis auf städtischem Erbbaugelände bauen wollte, der Gartenvorstadt Marienbrunn für 32 Wohnungen, der Leine-Siedlung in Leipzig-Dösen für 10 Einfamilienhäuser und dem Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen für 31 Wohnungen in drei Häusern an der Waldbaur-Straße in Leipzig-Schönefeld. Außerdem konnten Zuschüsse für 46 Dachwohnungs-Einbauten gewährt werden. Schließlich wurden mit Hilfe von Zuschüssen drei der Brückenhäuser an der Zeppelin-Brücke zu Wohnungen ausgebaut und in vier Einzelfällen Zuschüsse für Kleinwohnungen bewilligt.

Im Jahr 1920 wurden auch vier Bergmanns-Wohnungen an der Dürr-Straße in Leipzig-Lößnitz errichtet mit Zuschüssen. Ein einheitliches Bauprogramm für das Baujahr 1920 aufzustellen war infolge des Umstandes, daß die Mittel viel zu spät und auch nur nach und nach zur Verfügung gestellt wurden, nicht möglich gewesen. Die Beschlüsse über die Förderung der aufgeführten Wohnhausbauten konnten erst nach und nach zustande kommen. Die meisten dieser Bauten konnten infolge dieser Verhältnisse auch erst 1921 begonnen werden. Bei einem Teil dieser Bauten, und zwar bei dem der beiden Eisenbahner-Baugenossenschaften und dem der Leine-Siedlung

die Bauplätze mit den baupolizeilich genehmigten Entwürfen zu verkaufen. Infolge der ungünstigen Verhältnisse auf dem Baumarkt, die Privaten das Bauen unmöglich machten, entschloß sich die Stadtgemeinde, selbst zu bauen, und zwar sollten zunächst sechs Häuser an der Preußen-Straße errichtet werden. Obwohl die Stadtverordneten die Mittel im Dezember 1919 bereits bewilligt hatten, mußte, als im Frühjahr 1920 an die Ausführung gegangen werden sollte, davon abgesehen werden, weil die Kosten in der Zwischenzeit so gestiegen waren, daß infolge der geringen Zuschüsse die Finanzierung nicht gesichert erschien. Nachdem aber der Staat im August



Die Siedlung Leipzig-Mockau. Bauten-Gruppe am Weidenhof.

beteiligten sich zum ersten Mal die Arbeitgeber — Reichsbahn, Sächsischer Staat — an der Finanzierung, indem auch sie Zuschüsse zu den Baukosten beitrugen. Der Gesamtbetrag, den die Stadt zu den ihr von Reich und Staat überwiesenen Mitteln für diese Bauten aufgewendet hat, beläuft sich auf rund 25 000 000 M. Insgesamt wurden 134 städtische und 229 private Wohnungen finanziert.

Mit den städtischen Bauten an der Tabaksmühle und an der Preußen-Straße schuf die Stadt zwei neue Wohnhaus-Kolonien. An der Preußen-Straße in Probstheida war nach Beschlüssen, die bereits 1918 vorlagen, beabsichtigt, sechs Baugruppen von je sechs bis acht Häusern zu errichten, mit der Ausarbeitung der Bauentwürfe für jede der Baugruppen Privatarchitekten zu beauftragen und

1920 neue Mittel für Baukostenzuschüsse überwiesen hatte, konnte das Bauvorhaben wieder aufgenommen werden. Freilich reichten auch die neuen Zuschüsse nicht hin, um es durchzuführen. Es mußten infolgedessen von den städtischen Körperschaften zu dem bereits bewilligten Dauerertragswert noch 2 618 675 M. aus Anleihemitteln bewilligt werden. Die Bauten wurden im Oktober 1920 begonnen und am 1. Oktober 1921 bezogen. Jedes der sechs Häuser enthält acht Kleinwohnungen mit Bad und Innenklosett und einen als Loggia ausgebauten Küchenaustritt. Die Pläne hat der Architekt Stock entworfen.

In der städtischen Siedlung an der Tabaksmühle ist eine Wohn- und Gartensiedlung geschaffen worden, die in zwei Abschnitten gebaut wurde und 46 Wohnungen

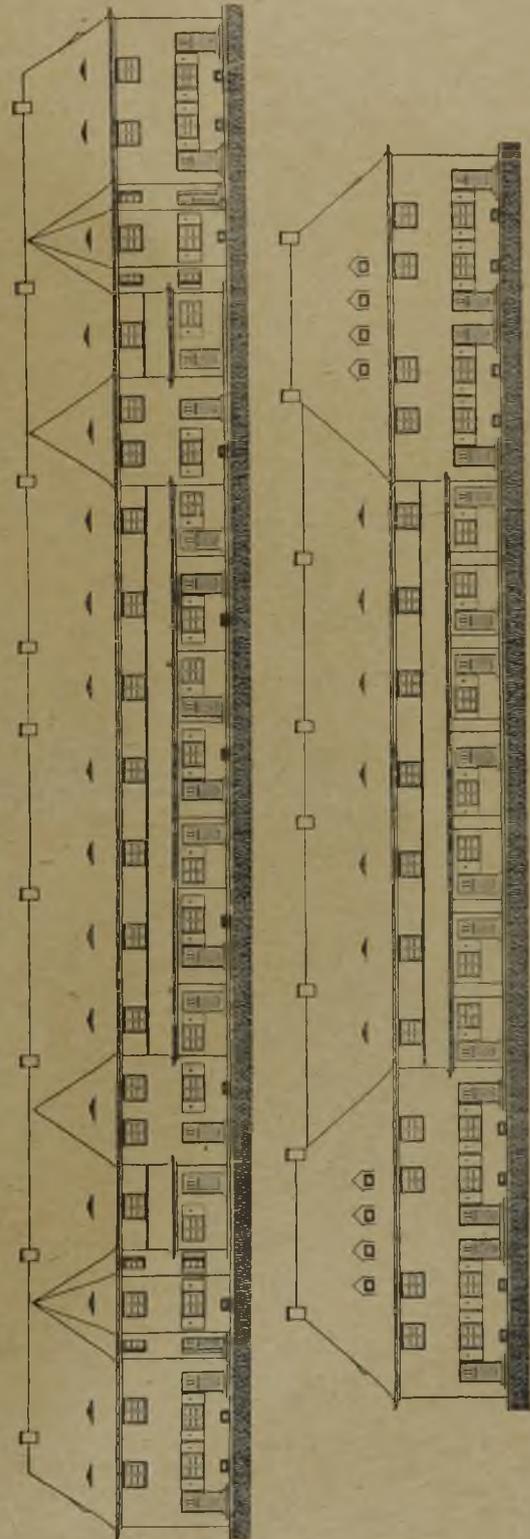
enthält, vorwiegend in freistehenden Doppel-Einfamilienhäusern, die aus Erd- und Obergeschoß bestehen. Die Siedlungshäuser sind an eine Genossenschaft vermietet. Die Wohnungen enthalten außer der Küche vier bis fünf Zimmer mit 85—110 qm Wohnfläche, die Gärten 550 bis 1580 qm Fläche. Zu jeder Wohnung gehört ein kleines Stallgebäude. Soweit die Wohnungsgröße das normale Maß für Zuschußwohnungen übersteigt, verzinsen die Mieter den gesamten Mehraufwand an Baukosten besonders. Die Pläne hat der Stadtbaudirektor Rüter entworfen. Mit dem ersten Bauabschnitt von vierzehn Häusern wurde im März 1921 begonnen. Die Wohnungen wurden zu Beginn des Sommers 1922 gleichzeitig mit den Wohnungen des zweiten Bauabschnittes bezogen.

Ausgeführt worden sind diese städtischen Bauten durch den städtischen Regie-Baubetrieb.

Wenn die Stadt mit der Schaffung dieser Wohnungen auch wieder ein Stück vorwärts kam, so war man sich doch darüber klar, daß das bei weitem nicht genügte. Noch im November 1920 machte der Rat daher den Stadtverordneten eine Vorlage, in der für den Bau weiterer 600 Kleinwohnungen ein Berechnungsgeld von 50 Millionen M. aus Anleihenmitteln angefordert wurde. Man verfolgte damit den Zweck, eine beschleunigte Inangriffnahme weiterer Wohnungsbauten zu ermöglichen, ohne erst die Bereitstellung von Mitteln durch Reich und Staat abzuwarten. Die von der Stadt aufzuwendenden Beträge sollten ursprünglich nur vorschußweise gegeben werden. Sobald wieder neue Zuschußmittel verfügbar würden, sollten die von der Stadt aufgewendeten Beträge erstattet werden. Später wurde von den städtischen Körperschaften angesichts der Tatsache, daß der Wohnungsbau immer mehr Mittel erforderte, beschlossen, diese 50 Millionen M. als Baukapital zu verwenden, das aus der Wohnungsbau-Abgabe zu verzinsen und zu tilgen ist. Im Anschluß an diese Vorlage überreichte der Rat den Stadtverordneten ein

Wohnungsbau-Programm für 1921, das die Erstellung von 583 Wohnungen vorsah. Es hatte sich als wünschenswert erwiesen, für jedes Baujahr rechtzeitig von vornherein ein festes Bauprogramm aufzustellen. Das hat den Vorteil, daß alle Vorarbeiten, insbesondere die Auswahl des geeigneten baureifen Landes und die Ausarbeitung der Pläne, so rechtzeitig vorgenommen werden können, daß sofort mit dem Eintritt der für das Bauen günstigsten Jahreszeit und, sobald neue Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit den Bauarbeiten begonnen werden kann. Es waren geplant 472 städtische und 116 nichtstädtische Wohnungen. Die Pläne für die städtischen Wohnungsbauten sind von der technischen Abteilung des Stadterweiterungsamtes entworfen worden. Unter den städtischen Projekten stehen an erster Stelle die Fertigstellung der Siedlungen Mockau und an der Tabakmühle, sowie die Erweiterung der Häusergruppe

an der Preußen-Straße in Probstheida. Weiter plante man die Inangriffnahme neuer Baublocks in den westlichen Stadtteilen, und zwar sollten an der Becker-Straße in Leipzig-Lindenau, an der Elisabeth-Allee in Leipzig-Kleinzschocher und an der Lützener-Straße in Leipzig-Lindenau neue Wohnhausgruppen entstehen. Auch im Süden der Stadt, an der Löbniger-Straße, war eine Wohnhausgruppe vorgesehen. Nachdem die Stadtverordneten im Dezember 1920 die 50 Millionen M. bewilligt und dem



Die Siedlung Leipzig-Mockau. Ansicht der Reihenhäuser an der Benth-Straße.

Bauprogramm zugestimmt hatten, konnte im Frühjahr 1921 an die Durchführung des Programmes herangegangen werden. Durch spätere Beschlüsse der städtischen Körperschaften ist dieses Bauprogramm noch erweitert worden. Im Lauf der Bauzeit, die sich bis ins Jahr 1922 erstreckte, stellten sich der restlosen Durchführung dieses Programmes erhebliche finanzielle Schwierigkeiten entgegen. Während bei der Aufstellung des Programmes im Herbst 1920 mit einem Aufwand von durchschnittlich 80 000 M.

für eine Wohnung gerechnet worden war, betrogen die Kröten bereits Mitte des Jahres 1921 im Durchschnitt 101 000 M. für die Wohnung. Im Herbst 1921 trat eine ganz außerordentliche Steigerung der Baustoffpreise ein, die natürlich auch die im Bau begriffenen Wohnungen erheblich verteuerte, so daß sich voraussehen ließ, daß man mit den vorhandenen Mitteln das gesamte Programm nicht durchführen konnte. Das Programm wurde daher wieder eingeschränkt.

Unter Berücksichtigung der nachträglichen Veränderungen sind von dem Wohnungsbau-Programm 1921 aus-

Vermischtes.

Baalbek. Von Hrn. Geh. Baurat Prof. Dr.-Ing. h. c. W. Schleyer in Hannover erhielten wir folgende Zusage: „Das Vorwort des Aufsatzes „Baalbek“ in No. 64/65, S. 297, enthält mit der Bezeichnung „Natur-Aufnahmen von Theodor von Lüpke“ eine Angabe, die nicht den Tatsachen entspricht. Die Aufnahmen sind vielmehr durch die Meßbild-Anstalt gemacht (Frühjahr 1902) unter persönlicher Leitung von Geh. Rat Prof. Dr. Meydenbauer, dem ich als Hilfsarbeiter beigegeben war und dem ich den damaligen Reg.-Bauführer v. Lüpke als weiteren Hilfsarbeiter zugeführt habe. Meine Beteiligung an den Aufnahmen, die ich und Hr. v. Lüpke etwa zu gleichen Teilen angefertigt haben, findet sich in der Vorgeschichte der Ausgrabungen in Band I des großen Baalbek-Werkes verzeichnet, läßt sich also nicht totschiweigen. Hr. v. Lüpke hat aber das Verdienst, die photographischen Platten an Ort und Stelle unter schwierigen Verhältnissen entwickelt und verpackt zu haben, wobei ich nur ganz unbedeutende Hilfe geleistet habe.“

(Dazu erlauben wir uns zu bemerken, daß wir im „Vorwort“ die Namen-Nennungen so wiedergegeben haben, wie sie den Angaben der Ausstellung selbst entsprechen. Diese enthielten den Namen des Hrn. Prof. Dr. Schleyer nicht. Ein „totschiweigen“, das wohl nicht beabsichtigt ist, würde also nicht uns treffen. Hr. Geheimrat Dr. Schleyer sagt, die Aufnahmen seien von ihm und Hrn. v. Lüpke „etwa zu gleichen Teilen“ angefertigt worden. Vielleicht läßt sich die Lösung des Gegensatzes darin finden, daß die Ausstellung möglicherweise zufällig nur Aufnahmen des Hrn. v. Lüpke enthält. Die Red.)

Versammlung der „Vereinigung Deutscher Wohnungsämter.“ Die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung der „Vereinigung Deutscher Wohnungsämter“ wird am 20. und 21. September in Nürnberg stattfinden. Als Gegenstände der Tagesordnung sind vorläufig die Behandlung der Frage der Zwangswirtschaft, der Finanzierung der Neubauten und der Erhaltung des alten Wohnungs-Bestandes vorgesehen. Ferner sollen praktische Fragen hinsichtlich der Durchführung der Wohnungsmangel-Gesetze und des Reichsmieten-Gesetzes sowie der Wohnungs-Aufsicht zur Verhandlung kommen. Anmeldungen zur Teilnahme nimmt die Geschäftsstelle der Vereinigung, Berlin W 50, Augsburgerstr. 61, entgegen. Auch Gäste zu den öffentlichen Hauptversammlungen sind willkommen.

Hoffentlich kommt die Versammlung auch zu der Überzeugung, daß nur die schnellste Beseitigung aller Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und die tunlichste Senkung aller Baupreise uns vor der völligen Wohnungs-Katastrophe bewahren können. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb um Entwürfe zu einem Bebauungsplan für Spalato. Der Gemeinde-Ausschuß der Stadt Spalato (jugoslawisch Split) schreibt zum 30. April 1924 einen internationalen Wettbewerb zur Gewinnung eines Bebauungsplanes für die größte Hafenstadt Jugoslawiens aus, für die man eine bedeutende Entwicklung erwartet. Es werden 3 Preise ausgesetzt von 80 000, 60 000 und 30 000 Dinar und außerdem ist der Ankauf weiterer Entwürfe zu je 20 000 Dinar vorgesehen (1 Dinar = rd. 1950 M. am 10. 7. 23). Das Preisgericht soll aus 2 ausländischen und 5 jugoslawischen Fachleuten bestehen, unter denen sich 2 Architekten, 2 Ingenieure und 1 Hygieniker befinden sollen. Die Namen der Preisrichter sollen bis längstens 1924 veröffentlicht werden. Wettbewerbs-Unterlagen zu beziehen vom Stadtbauamt Split gegen 500 Din., die zurück vergütet werden an die Verfasser preisgekrönter und angekaufter Entwürfe. Das Preisgericht soll bis 15. Mai 1924 seine Entscheidung fällen.

Seitens des Bürgermeisters der Stadt Spalato ist der „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ ersucht worden, einen deutschen Preisrichter vorzuschlagen. —

Im Wettbewerb um Entwürfe für den Neubau eines Gemeindeamtes in Seiffhennersdorf liefen 68 Bearbeitungen ein. Den I. Preis erhielt der Entwurf von Th. Burlage

geführt worden in der Siedlung Mockau 60 Häuser mit 61 Wohnungen (3. Bauabschnitt), an der Preußen-Straße in Leipzig-Probstheida 11 Häuser mit 89 Wohnungen (2. Bauabschnitt), an der Becker-Straße in Leipzig-Lindenau 12 Häuser mit 60 Wohnungen, an der Saalfelder-Straße in Leipzig-Lindenau 10 Häuser mit 82 Wohnungen, an der Elisabeth-Allee in Leipzig-Kleinzschocher 14 Häuser mit 112 Wohnungen, an der Löbniger-Straße 5 Häuser mit 30 Wohnungen und der zweite Bauabschnitt an der Tabakmühle mit 32 Wohnungen in 31 Häusern. — (Schluß folgt.)

in Leipzig und Reg.-Bmstr. Jost in Stuttgart und Zwickau. Je einen II. Preis errangen die Architekten Schiffner in Zittau und Lüddecke in Hellerau bei Dresden. Angekauft wurden Entwürfe von Prof. Bruno Paul in Berlin, P. Iöffler in Dresden und H. H. Grotjahn in Leipzig. —

Wettbewerb des Bayerischen Kunstgewerbe-Vereins in München betr. ausgeführte kunstgewerbliche Gegenstände. Der Wettbewerb wurde von 97 Einsendern mit 204 Arbeiten besiegt. Es erwies sich von den Einsendungen der Gruppe Unedelmetall keine für Verleihung eines Preises würdig, während bei Edelmetall für den I., III. und IV., bei Fachgruppe Holz für den I. und IV. Preis keine würdigen Arbeiten vorlagen. Um jedoch die Preise, die nicht zuerkannt werden konnten, nach Möglichkeit für die wenigen guten Arbeiten verwenden zu können, wurde von der Teilung der zwei I. Preise Gebrauch gemacht. Im Einzelnen wurden folgende Preise zuerkannt: Edelmetall (Anhänger ohne Stein): von vier II. Preisen zu je 1 600 000 M. erhielten Riepl (Firma Durner u. Riepl) in München zwei, Schmid-Geiler in München und Krauß in München je einen. — Holz (Teetischen oder Nähtischen): II. Preis 1 600 000 M. Fritz Willms in München, III. Preis 800 000 M. Rackl in München. — Textilien (Bastarbeiten, Spitzen): I. Preis 3 200 000 M. Irmgard Kauer mann in München, Schreibmappe in Bast: zwei II. Preise zu je 1 600 000 M., Taufkleid von Kriemhild Lohr, Spitzentücher von Marianne Benda: zwei III. Preise je 800 000 M., zwei Tülldecken von Grete Stürmer in München und Marga Schuh nagl in Regensburg: zwei IV. Preise je 480 000 M., Täschchen und Kinderschuhe aus Bast von Kriemhild Lohr in München, Tülldecken von Else Spielbüchler in Schondorf.

Zum Ankauf wurden empfohlen und angekauft: Entwürfe für elektrische Tischlampen von Schmid-Geiler in München, ein Entwurf für ein Nähtischen von Willms und ein Basttäschchen von Marie List in Pasing. —

In einem Wettbewerb betr. Entwürfe für eine reformierte Kirche in Dietikon in der Schweiz wurde der I. Preis nicht verteilt. Zwei Preise von je 2 200 Franken fielen an die Entwürfe der Architekten Emil Schäfer und Gustav Witzig in Zürich. Einen Preis von 1 600 Franken errangen die Architekten Leuenberger und Flückiger in Zürich, einen Preis von 1 000 Franken die Architekten Brenneisen und Isler daselbst. 5 000 Franken wurden in kleinen Beträgen als Anerkennungen verteilt. Daran waren 12 Bewerber beteiligt. —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für eine Schule mit Turnhalle, Festhalle und Heimat-Museum der Gemeinde Löffingen im Schwarzwald liefen 111 Arbeiten ein. Der I. Preis wurde dem Architekten Max Müller in Pforzheim verliehen; der II. Preis fiel dem Regierungsbaumeister Fr. Bosch in Karlsruhe zu; der III. Preis den Architekten Heim und Lienhard in Klein-Laufenburg und der IV. Preis dem Reg.-Bmstr. Franz Schneider in Karlsruhe. —

Personal-Nachrichten.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Die Technische Hochschule in Aachen hat dem Ingenieur und Fabrikbesitzer Paul Goossens in Aachen „in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Förderung des Waggonbaues und seiner großzügigen Werbearbeiten zur Kraftversorgung der heimischen Industrie“, und dem Ingenieur und Generaldirektor August Kauer mann in Düsseldorf „in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Förderung der Gestaltung und des Baues der Hebezeuge, insbesondere in der Hafenbautechnik und des Werkzeugmaschinenbaues“, die Würde eines Dr.-Ing. ehrenhalber verliehen. —

Inhalt: Zur Wohnungs-Fürsorge in Leipzig. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Personal-Nachrichten. — Aus dem Vereinsleben. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
W. Buxenstein, Berlin SW. 48.

AUS DEM VEREINSLEBEN

Das 75jährige Bestehen des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereins in Wien.



In den ersten Tagen des vergangenen Juni konnte einer der ältesten und angesehensten wissenschaftlichen Vereine Österreichs das seltene Fest seines 75jährigen Bestehens feierlich begehen. Es ist ein bemerkenswertes Stück österreichischer Zeitgeschichte, das sich in der Entwicklung des Vereins verkörpert. Dieser wurde von einer kleinen Schar staatlicher und privater Ingenieure im Sturmjahr 1848 gegründet und hat sich im Lauf der Jahrzehnte zu einer großen, über 3000 Mitglieder zählenden Körperschaft entwickelt. Ein ehemaliger Sekretär des Vereins, der Ingenieur Oberbaurat Rudolf Schanzler, hat die stolze Entwicklung des Vereins in einem Aufsatz der „N. Fr. Pr.“ anschaulich geschildert. Wir entnehmen diesem Aufsatz die folgenden Angaben:

Am 8. Juni 1848 schlossen sich vierzehn Wiener Ingenieure zur Gründung des „Österreichischen Ingenieur-Vereines“ zusammen. Vorher dem „Niederösterreichischen Gewerbeverein“ zugehörig, hatten sie, zukunftsbewußt, beflügelt durch die Hoffnungen, welche das Sturmjahr auf die glückliche Entfaltung bisher gebundener Kräfte erweckte, ihr eigenes Banner aufgepflanzt. Bis zum Jahresende war die Zahl der Mitglieder des neuen Vereines auf 79 angewachsen; zu Beginn des neuen Jahres erschien bereits die erste Nummer der „Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur-Vereines“, in deren Geleitwort das Ziel des Vereines folgendermaßen umschrieben wird: „Durch den Austausch ihrer Ansichten über wissenschaftliche Fragen und durch das Mitteilen der in der Ausübung ihres Wissens von ihnen gemachten Erfahrungen werden die Teilnehmer unseres Vereines denselben kräftigen, ihn zu einer festen Burg der Wissenschaft machen, dessen Ebenbürtigkeit mit ähnlichen Vereinen des Auslandes außer Zweifel setzen und dem Ingenieurstande Österreichs die ihm gebührende Achtung und Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft erringen.“

Ein Rückblick auf das seither verflossene Dreivierteljahrhundert läßt erkennen, daß der „Österreichische Ingenieur- und Architekten-Verein“ — die Architekten schlossen sich bereits 1864 an — jener Zielsetzung aus der Gründungszeit in allen Stadien seiner Entwicklung gerecht geworden ist. Die Chronik des Vereines ist die Chronik der technischen Leistungen des alten wie auch des neuen Österreich; die ersten Baukünstler und Ingenieure des Reiches betätigten sich führend im Verein und geben diesem seine Stellung im öffentlichen Geistesleben; die wissenschaftlichen Leistungen der Fachkommissionen des Vereines verschaffen ihm internationale Geltung; das Ansehen des Standes wächst mit der Bedeutung, welche die technischen Schöpfungen für die Allgemeinheit gewinnen, und der Verein als Ständevertretung gesellt sich den anderen Berufsvereinigungen der Träger akademischer Bildung ebenbürtig zu.

Streifen wir in raschem Überblick die Vereinsgeschichte, so tritt insbesondere die Teilnahme des Vereines an den Interessen Wiens hervor. Beginnend von der in das Ende der fünfziger Jahre fallenden Entscheidung über die Stadterweiterung, sehen wir den Verein an allen Stadien der Stadtentwicklung seinen Anteil bezeugen, sei es aus eigenem Antrieb, sei es als von der Gemeinde angerufener Berater. Besonderen Raum nehmen in dieser Hinsicht die Mitwirkung in den Fragen der Wiener Verkehrsanlagen, der Wasserleitungen, der Stadtregulierung, der Bauordnung ein. Ein eigener Ausschuß des Vereines wird mit der ständigen Beobachtung von Fragen der baulichen Entwicklung Wiens befaßt; durch Herausgabe von technischen Führern seitens des Vereines wird das Interesse des Ausländers für die Leistungen Wiens auf technischem Gebiet geweckt. Im Zusammenhang mit diesen der Hauptstadt gewidmeten Arbeiten steht das Interesse, das der Verein an allen Donauebenen nimmt. Die Frage des Hochwasserschutzes für Wien spielt hierbei eine besondere Rolle; in Vorträgen, Diskussionen und Beratungen eigens hierfür eingesetzter Fachausschüsse kehrt diese Frage immer wieder, und auch hier ist es die zuständige Behörde — die Donauregulierungskommission — welche wiederholt das Votum des Vereines begehrte. Reiche Tätigkeit entwickelt der Verein auf dem Studiengbiet des Brückenbaues. Seine Arbeiten schaffen die Grundlagen für die von der Regierung 1870

herausgegebene Brückenverordnung; die Frage der Einführung des Flußeisens in den Brückenbau wird in eigenen Ausschüssen studiert und mit dem günstigen, von der Regierung wiederum zum Ausgangspunkt ihrer Entschließung genommenen Ergebnis dieser Studien beginnt die große Entfaltung des österreichischen Eisenbrückenbaues. Auch hinsichtlich anderer Baumaterialien gewinnt die Studienarbeit des Vereines maßgebenden Einfluß; hier sind insbesondere die Arbeiten des Zementausschusses (der die — von der Regierung übernommenen — Vorschriften für die Anwendung der verschiedenen Zemente geschaffen hat) und jene des Eisenbetonausschusses, dessen Arbeiten in mehreren in der Fachwelt rühmlichst bekannten Forschungsheften niedergelegt sind, hervorzuheben. Raum mangel verbietet, auch die Leistungen des Vereines auf den anderen Fachgebieten zu würdigen; nennen wir hier nur die bekannten Veröffentlichungen „Schäden bei Dampfkesseln“ die Aufstellung der — nach dem Verein benannten — Typen eiserner Träger, die sehr wertvolle Sammlung „Das Bauernhaus in Österreich-Ungarn“. In Arbeit befinden sich eine große Anzahl Baunormen, die im Rahmen der Arbeiten des österreichischen Normenausschusses für Industrie und Gewerbe erscheinen werden. Starken Einfluß hat der Verein auf das technische Unterrichts-wesen genommen; in Fragen der Organisation der Realschulen, der gewerblichen Lehranstalten und insbesondere der technischen Hochschulen haben die Beschlüsse des Vereines maßgebende Wirkung geübt. Den Ständefragen hat natürlich stets die besondere Obsole der Vereines gegolten; seit 1877, wo Max Maria v. Weber im Verein mit nachhaltiger Wirkung einen Vortrag „Die Stellung der Techniker im staatlichen und sozialen Leben“ hielt, besteht für Ständefragen ein eigener ständiger Ausschuß (Stellung der Techniker).

Die Bedeutung des Vereines in technisch-wissenschaftlicher Hinsicht geht aus der Festnummer, welche die „Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines“ anläßlich des Jubiläums erscheinen ließ, hervor. Diese Festnummer — ein 200 Seiten starkes, auch äußerlich dem festlichen Anlaß Rechnung tragendes Heft — bringt Einzeldarstellungen über die Entwicklung österreichischer Technik während der letzten 25 Jahre. Die sehr wertvollen, aus der Feder führender Techniker stammenden Beiträge können an dieser Stelle nicht nach Gebühr gewürdigt werden; doch sei bemerkt, daß viele dieser Beiträge — so „Der Eisenbahnbau in Österreich 1898—1923“ von den Ministerialräten Pleyer und Schubert, „Die Bautätigkeit der Gemeinde Wien“ von Stadtbaudirektor Fiebigler und „Städtebauliche Aufgaben Wiens in der nächsten Zukunft“ von Stadtbaudirektor a. D. Dr. Goldemund, dem um die Erhaltung in der sehr schwierigen Periode nach dem Umsturz höchstverdienten vormaligen Präsidenten des Vereines — allgemeines Interesse beanspruchen dürfen.

Der Beitrag über die Eisenbahn-Neubauten enthält eine wehmütige Bemerkung. Diese bezieht sich auf die weltberühmte Isonzobrücke, bei Salcano, zur Zeit ihrer Ausführung der größte, jemals im Eisenbahnbau ausgeführte Steinbogen; die Festschrift zeigt das Bauwerk in vier Bildern: im Bau (1905), nach der Fertigstellung (1906), nach der Sprengung (1916), nach der Wiederfahrbarmachung durch ein eisernes Provisorium (1918). „Die ungewöhnliche Geschichte dieser imposanten Brücke“ — so heißt es in dem Aufsatz — „hat viel Ähnlichkeit mit der des Staates Österreich: ruhmreiches Werden, stolzer Bestand, trauriger Zusammenbruch und notdürftiger Wiederaufbau.“ Der Rückblick jedoch, den die Festschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines bietet, läßt — so möchten wir hinzufügen — in dem Duster der Gegenwart starke Hoffnungen aufscheinen. Das alte Österreich konnte zerschnitten werden, viele seiner Bewohner haben das neue Österreich verlassen — aber der Geist, der die großen technischen Werte des alten Staates schuf, ist nicht abgewandert. Gerade die Alpenbahnen, von denen jener Aufsatz spricht, sind ein Beweis hierfür: große Teilstrecken dieser Bahnen liegen heute auf fremdstaatlichem Boden — ihre Geburtsstätte aber war die Eisenbahndirektion in Wien, ihr leitender Ingenieur, der geniale Wurmb, und die meisten seiner Mitarbeiter sind dem neuen Österreich zu-

zuzählen. Die Eisenbahnbaudirektion ward zum Grundstock des Elektrifizierungsamtes der Bundesbahnen, das heute wiederum in den Alpen technische Großtaten verrichtet; die damals bauausführenden Wiener Unternehmungen bestehen fort und bewähren ihren Ruf an den heutigen Bauproblemen Österreichs wie auch der neuen Staaten.

Solchen Gedanken Raum zu geben, ist das schönste Fest, das die österreichischen Ingenieure und Architekten in diesen Tagen feiern. Die Tradition des Vereines wirkt auch in der Gegenwart ungeschwächt fort: in den allwöchentlichen Versammlungen ist dem die Zeit am stärksten bewegenden technischen Problem, der Ausnützung der Wasserkräfte, der breitesten Raum eingeräumt, und sicherlich wirken die Anregungen, die von der Mitgliedschaft aus den Vorträgen und Diskussionen über dieses Thema geschöpft werden, fruchtbringend weiter. Der Verein hat im Jubiläumsjahr einen der bewährtesten Vorkämpfer für die Verwertung der österreichischen Wasserkräfte, Direktor Ingenieur Friedrich Brock, zugleich Vizepräsident des Wasserwirtschafts-Verbandes der österreichischen Industrie, zur Würde seines Präsidenten berufen. —

Dieser hervorragende Ingenieur hielt bei der Jubelfeier die Festrede über „Die Zukunft des Ingenieurs“. Ihr entnehmen wir die folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

„Wir Ingenieure wissen leicht auf äußeres Prunkgewand zu verzichten, wenn uns nur im Inneren das Feuer der Begeisterung wärmt; und so hat keiner von uns auch nur einen Augenblick dem Gedanken Raum gegeben, von unserer Feier abzusehen. Das „e pur“ in unserem Wahlspruch, „e pur si muove“, gleichbedeutend dem gallischen Trutzwort „quand-même“, dem deutschen „und dennoch“ war uns Mahnung und hat uns geleitet. In seinem Zeichen begehen wir unser Fest. Freudig bewegt darf ich aus der stattlichen Beteiligung an unserer Feier schließen, daß der Österreichische Ingenieur- und Architekten-Verein nichts eingebüßt hat an seinem Ansehen und seinen Sympathien, und daß er, die bedeutendste technische Vereinigung in der alten Monarchie, auch in unserem neuen Staatswesen die Einschätzung erfährt, die zu erringen er in unermüdlicher Arbeit sich allzeit redlich bemühte.

Sursum corda! Erhebet die Herzen — diese Aufforderung brauche ich nicht erst ergehen zu lassen am heutigen Tag, an dem vor genau 75 Jahren, dem 8. Juni 1848, vierzehn Ingenieure sich zusammenschlossen und unseren Verein gründeten; vorerst als eine Vereinigung von Ingenieuren, die am 24. Februar 1864 die Vereinigung der Architekten einbezog und den „Österreichischen Ingenieur-Verein“ zum „Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein“ erweiterte. Schwer war der Anfang, aber am schwersten während seines langen Bestandes lasteten doch die letzten Jahre auf uns: unsere inneren Kräfte hielten zusammen, was äußerer Ansturm zu vernichten drohte, unser inneres sittliches und geistiges Widerstandsmoment war größer, als die äußeren zersetzenden Kräfte, die die Kriegs- und Nachkriegszeit gegen uns ansetzte und dank ihm steht unser Verein heute mit über 3000 Mitgliedern aufrecht da in ungeschwächter Kraft. Das ist wohl ein sicheres Zeichen, daß die geistigen und kulturellen Bindemittel, die uns zusammenhielten, die rechten sind, daß der Weg, den wir gingen, der rechte war, und wir wollen ihn deshalb auch in Zukunft nicht verlassen. Er liegt vorgezeichnet schon in unseren Satzungen, die so überaus schön besagen, daß der Verein den Zweck hat, „die einzelnen Kräfte des Ingenieur- und Architektenstandes zu verbinden, um in wissenschaftlicher, kultureller, künstlerischer und praktischer Beziehung auf allen technischen und technisch-wirtschaftlichen Gebieten zum Nutzen der Allgemeinheit, zur Förderung des Standesansehens und damit zum Wohle seiner Mitglieder zu wirken“. Im Geist dieser Worte wollen wir uns künstlerisch und wissenschaftlich weiter vertiefen und herzliche Gemeinschaft pflegen mit allen, die dieses Streben teilen.

Stattlich ist die Zahl derer, die in unserem Verein so ganz im Sinn dieser Worte gewirkt haben und deren Namen mit Österreichs Kunst, mit der Kunst und Wissenschaft überhaupt, für immer verbunden bleiben. Wir rufen sie zu Gast die Geister unserer ganz Großen aus unseren Reihen und sie und ihre Werke stehen lebendig und jung inmitten unter uns: Ghega und seine große Tat des Baus der Semmeringbahn mit Engerth, der hierzu durch seine Gebirgslokomotive so verdienstvoll beitrug, Gölsdorf, Engerths großer Nachfolger auf diesem Gebiet, Wurmb, den Erbauer der Tauernbahn und Radinger, gleich groß als Lehrer wie als Konstrukteur, Rebhann, den feinen Baumechaniker, van der Nüll und Siccardsburg, die uns das Opernhaus schufen. Dombaumeister Schmidts Rathaus ist ein Wahrzeichen Wiens geworden, wie Ferstels Votivkirche; Hansen, der uns den herrlichen

Bau des Parlamentes schenkte, wie Hasenauer die Museen und die Burg; von den jüngeren seien nur genannt König und Otto Wagner, doch viele andere könnte ich noch nennen, deren großes geistiges Erbe wir verwalten.

Wir gedenken dankbar am heutigen Tage auch unseres ersten Präsidenten Adalbert Schmid und des eigentlichen Gründers und ersten Vizepräsidenten des Vereines Friedrich Schnirch, der uns auch die für unseren Verein so glücklichen demokratischen Satzungen schenkte. Sie alle sind Auslese, sind Ingenieure katexochen, der Etymologie des Wortes voll entsprechend. Ingenieur von genitor (gigno) — Schöpfer, Urheber, Erzeuger.

Ihr schöpferischer Geist hat reiche und allen ersichtliche Früchte gezeitigt, dauernde Werke geschaffen, die uns auch die demütigendsten Friedensverträge nicht rauben konnten. Materiell wurde uns wohl furchtbar viel genommen, ideelle Werte aber lassen sich nicht enteignen und an ihnen wollen wir festhalten. Die Menschen im besten Sinn des Wortes können auch glücklich sein ohne die ersteren, ohne die letzteren ist ein solches Empfinden aber geradezu unmöglich. Wenn der Ingenieur, der Architekt, der Gelehrte in seiner Studierstube und bei seinen Entwürfen Gesuchtes gefunden, die Idee in die Tat umsetzen konnte, dann überkommt ihn, der oft Jahre mit seinen Arbeiten vor der befreienden Tat verbringt, ein Gefühl, das dem Schaffenden vielleicht allein vorbehalten ist, das Gefühl des reinsten Glückes, das er gegen nichts eintauschen möchte — er fühlt, daß er mitschaffen durfte am sausenenden Webstuhl der Zeit, zu wirken der Gottheit lebendiges Kleid. Klein und erbärmlich erscheinen, von dieser Warte aus gesehen, die sich im Streben um Macht und Besitz verzehren und denen ideelle Werte Phrase bedeuten. Diese Art Menschen ist uns wesensfremd, sie verstehen uns nicht und wir nicht sie. Ein großer Teil der heutigen Gesellschaft scheint in dieser Hinsicht leider nicht gleichen Sinnes; aber die Reaktion wird nicht ausbleiben, und unser Volk ist zu gesund, zu deutsch, als daß es äußeres Rauschgold vorzöge dem echten Gold innerer Wertigkeit.

Es ist bezeichnend, daß der große deutsche Meister in der Welt der Gedanken und des Schaffens, Goethe, seinem Faust, der Philosophie, Juristerei und Medizin, leider, auch Theologie durchaus studierte mit heißem Bemühen, der alle Bahnen des Genusses durchließ, des Glaube zerstückt, die Liebe zerpfückt, einen letzten Hoffnungsstrahl aufleuchten und ihn sich noch ganz als Schaffenden, als Ingenieur fühlen läßt vor seinem Scheiden. Schaffen will er noch, er denkt und fühlt als Ingenieur, sieht tausend Hände in seiner letzten Vision sich regen, dem Meer Land abzuringen, einen Sumpf trocken zu legen, um mit freiem Volk auf freiem Boden zu stehen. Mit den Worten: „Im Vorgefühl von solchem hohen Glück, genieß' ich jetzt den höchsten Augenblick“ stirbt Faust.

Dieses Faustische aber lebt in uns weiter und wird sich in den Besten immer wieder durchbringen, der Drang des Schaffens zum Wohle der Allgemeinheit und des eigenen Volkes. So wie Goethe es so meisterhaft versteht, immer die Verbindung herzustellen zwischen idealer und realer Welt, so wird auch der rechte Ingenieur beide Richtungen in sich tragen und wenn ich um einen Vorwurf für eine Ingenieurplastik gefragt würde, so stellte ich ihn dar als einen Riesen, mit beiden Füßen breit auf dem Erdball stehend, zu denen Essen rauchen, Bahnen und Schiffe eilen. Staudämme und Kraftwerke liegen, elektrische Leitungen ziehen, in den Händen einen Blitzpfeil und ein Bauwerkzeug, den Kopf aber in den Wolken, das Antlitz hinaufgewendet zum großen Weltenbaumeister, der da, um mit Dante zu sprechen, in Liebe rollt die Sonnen und die Sterne.

Die große Masse steht dem Ingenieur leider noch ziemlich fremd gegenüber; sie sieht nicht die elektrisch gesteuerte und getriebene Fördermaschine — sie sieht im Geist nur den Kohlenhauer, sie sieht nicht den Hochofen, wohl aber das Schmiedefeuer, sie sieht den rußigen Heizer, übersieht aber das Meisterwerk selbst, die Lokomotive, sie bedient sich des elektrischen Lichtes oder Motors, aber sie weiß im Allgemeinen nichts von den volkswirtschaftlich so überaus bedeutungsvollen Umwandlungen von kalorischer oder gar hydraulischer in elektrische Energie. Jedes andere Gebiet steht ihr näher.

Die Popularisierung der Ingenieurwissenschaft ist eine Notwendigkeit, um diesen Zustand im beiderseitigen Interesse zu verändern, und wir sind auf diesem Gebiet besonders rückständig. Die Presse rufen wir zur Helferin; durch Belehrung müssen wir den Weg zu ihr und zu den Massen finden, wie es anderwärts geschieht. Unser Verein hat auch hier, in der technischen Volksbildung, anregend gewirkt, und fortzufahren ist dringendes Gebot! Dann wird das Verständnis für die Aufgaben des Ingenieurs und seine Leistungen rasch wach

werden. Im Allgemeinen steht es um die Würdigung des Ingenieurs im Vergleich zu anderen Ländern, voran Frankreich und England, bei uns schlecht. Wenn schon den breiten Massen das Wirken des Ingenieurs nicht voll zum Bewußtsein kommt, so ist es noch tiefer zu beklagen, wenn selbst höhere Gesellschaftsschichten, ja sogar staatliche Stellen unserem Stand nicht spontan die Anerkennung zubilligen, die er verdient.

Und doch ruht die gewaltige Arbeit des Wiederaufbaues, die unser Staatswesen erfordert, zum guten Teil auf seinen Schultern. Ich nenne nur die zwei größten, sichtbaren Arbeiten inmitten deren unsere Ingenieure stehen: die Elektrifizierung unserer Bahnen und

Die diesjährige Tagung der Reichsarbeits-Gemeinschaft technischer Beamtenverbände am 29. und 30. Juni in Wilhelmshaven. Bei der Eröffnung des 4. Vertretertages der Arbeits-Gemeinschaft, die heute 50 000 handwerksmäßig, fachschulmäßig und hochschulmäßig vorgebildete technische Beamte des Reiches, der Länder und der Gemeinden umfaßt, waren u. a. vertreten das Reichspost-Ministerium, das Reichsverkehrs-Ministerium, das Staatsministerium Oldenburg, die Marinebehörden, die Jadestädte Rühringen und Wilhelmshaven, der „Deutsche Beamtenbund“ und der „Reichsbund deutscher Technik“.

Nach außerordentlich inhaltreichen Darlegungen über „Ruhrgebiets-Besetzung und Technik“ gelobte der Vertretertag in einer einmütig angenommenen Entschließung die Treue für das bedrängte Volk — insbesondere für die technischen Berufsgenossen — in dem alt- und neubesetzten Gebiet und sprach für die unermüdete Pflichterfüllung in den langen schweren Monaten herzlichsten Dank aus. Der Vertretertag erwartet, daß alle Deutschen im unbesetzten Gebiet ihre Kräfte einsetzen, um das Los der um ihrer Treue zu der deutschen Sache Verfolgten zu erleichtern, besonders auch, daß die Regierung dafür eintritt, daß den Geschädigten und Vertriebenen an Rhein und Ruhr wieder ihr volles Recht wird. In der Erkenntnis der Bedeutung, die gerade das gesamte besetzte Gebiet für das wirtschaftliche Gedeihen und den Wiederaufbau unseres Vaterlandes hat, weiß der Vertretertag sich eins mit der Reichsregierung, keinen Fußbreit deutschen Bodens preiszugeben oder deutschen Besitz fremder Ausbeutung zu überlassen. Das Recht der deutschen Nation, frei zu leben und frei zu arbeiten, darf keinem widerrechtlichen Gewaltstreich geopfert werden. Was deutsch ist, muß deutsch bleiben! Es sei noch erwähnt, daß unter den 40 Vertretern, die aus allen Gauen Deutschlands zusammengekommen waren, sich auch ein Vertreter des besetzten Gebietes befand, der mit seiner Frau einen neunstündigen Fußmarsch auf sich genommen hatte, um an die nächste Bahnstation zu kommen.

Sodann beschäftigte sich die Tagung mit den „Richtlinien für die technischen Beamten-Laufbahnen“, die auf Veranlassung des Reichstages im Reichsministerium des Inneren ausgearbeitet worden sind. Es wurden Änderungs-Vorschläge angenommen, die der besonders gearteten Ausbildung der technischen Beamten mehr als im Entwurf vorgesehen Rechnung tragen. Vor Allem wird in ihnen für die handwerksmäßig vorgebildeten Beamten die diesen nach der auf eigene Kosten bewirkten 3jährigen Lehr- und Gesellenprüfung zustehende Stellung gefordert, da sonst jeder Anreiz für die im Reichs-, Landes- und Gemeindedienst zu besetzenden Stellen fortfallen würde. Für die Beamten des mittleren Dienstes wird Wert gelegt auf die sogenannte mittlere Reife (Versetzung nach Obersekunda), da diese Beamten sonst den ihnen zufallenden Aufgaben des Bauverwaltungsdienstes nicht gewachsen sein würden. Aus diesem Grund ist dieses Maß von Allgemeinbildung bei den meisten Reichs-, Länder- und Gemeinde-Verwaltungen schon seit vielen Jahren eingeführt. Die längere Ausbildung in der Schule, im praktischen Beruf und in der Fachschule muß bei der Einstufung entsprechend gewürdigt werden. Der Vertretertag sprach die Erwartung aus, bei Regierung und Reichstag als auch in der Öffentlichkeit Verständnis für seine Forderungen zu finden, die zur Erhaltung eines voll leistungsfähigen und berufsfreudigen technischen Beamtenstandes erfüllt werden müssen.

Weiter wurde zu den „öffentlichen Betrieben und dem Berufsbeamtentum“ dahingehend Stellung genommen, daß die gemeinnützigen öffentlichen Betriebe in der Hand der öffentlichen Verwaltung bleiben müssen, da von dem ungestörten Arbeiten dieser Betriebe das Wohlergehen der Gesamtheit, in kritischen Zeiten die Sicherheit des Staates abhängen.

In einem eingehenden Bericht wurden die „Verein-

den Ausbau unserer Wasserkräfte. Arbeiten, die der österreichische Ingenieur, allein auf sich gestellt, durchführt und die ihm wohl das glänzendste Reifezeugnis vor aller Welt ausstellen. Unser Verein nimmt gerade daran, wie bekannt, besonders lebhaft Anteil.

In Flammenzeichen möchte ich meinen Schlußsatz schreiben, allseits sichtbar: Das Land, das seine Ingenieure richtig einschätzt und sie an erster Stelle mit heranzieht zu freudigem Schaffen, dieses Land wird als erstes seine Kriegswunden heilen sehen.

Beherrige das Flammenzeichen, mein Österreich! In hoc signo vincas! In diesem Zeichen wirst du siegen und wiedererstehen!“ —

fachung des technischen Fachschulwesens und der Übergang von Mittelschul-Technikern auf die Hochschule“ gefordert, sowie eine bessere Möglichkeit der Fortbildung der Handwerksbeamten. Die heutige Vielgestaltigkeit des technischen Schulwesens wird für unbegründet und nachteilig gehalten. Der gegenwärtige Zustand, der selbst innerhalb der einzelnen Länder auf keine einheitliche Linie gebracht worden ist, der aber beim Vergleich der Länder untereinander gänzlich verschiedene Regelungen zeigt, ist zu vereinfachen und möglichst einheitlich zu gestalten.

Auch Neuerungen in den „Laufbahnen der Vermessungstechnischen Beamten“ wurden eingehend erörtert (Kurse an den Baugewerkschulen für die Vermessungs-Techniker).

In der von den Reichs- und Länderverwaltungen beabsichtigten Einschränkung der Bauten wird keine Sparmaßnahme erblickt, da sie Arbeitslosigkeit und unproduktive Arbeitslosen-Unterstützung im Gefolge hat. Wird das heutige Papiergeld durch Arbeit zu Bauten und wirtschaftlichen Anlagen verwendet, so entstehen für die deutsche Volkswirtschaft Werte und dadurch bedeutende Gewinne. Auch die an einigen Stellen zum Ausdruck gekommene Absicht der Regierungen, an den technischen Beamten zu sparen, kann nicht gebilligt werden, da ohne beamtete Techniker und gute Zusammenarbeit mit den freien Technikern ein Wiederaufbau Deutschlands nicht möglich ist.

Die Vertreter der öffentlichen Körperschaften brachten in herzlichen Worten ihren Dank und ihre Anerkennung für die sachlichen und lehrreichen Beratungen zum Ausdruck. Der gesamte Verlauf der Tagung bewies, daß die technischen Beamten aller Grade Disziplin in ihren Reihen kennen und daß sie gewillt sind, zum Wohl der Gesamtheit nutzbar zu sein.

Bund Deutscher Architekten. Zum Bundestag des „Bundes Deutscher Architekten“ in Hannover ging uns folgender Bericht zu: Die Tagung des „Bundes Deutscher Architekten“ fand im Künstlerhaus zu Hannover am 3. August statt, nachdem am 2. August der Bundes-Ausschuß die vorliegenden Fragen eingehend erörtert hatte. Trotz der erschwerenden Umstände waren gegen 100 Bundesmitglieder aus allen Landesbezirken erschienen. Nur einer fehlte.

Die Tagung wurde durch begrüßende Worte des Vorsitzenden eröffnet. Ihm antworteten Vertreter der Staatsregierung, der Stadtverwaltung, der Technischen Hochschule, der Kunstgewerbeschule, der Handels- und Gewerbekammer. In längerer Rede gab das Vorstandsmitglied, Arch. Kröger in Hannover, zugleich als Vertreter des Bundes im Reichswirtschaftsrat, Bericht über die Tätigkeit des Bundes. In diesem wurde auch die Frage der Kammern behandelt. Die Absicht besteht, an Stelle der „vorläufigen“ Organisation des Wirtschaftsrates eine endgültige zu schaffen, zu dem nicht mehr die Reichsregierung auf Vorschlag der Fachverbände Mitglieder ernannt, sondern diese durch die Fachverbände unmittelbar gewählt werden. Vorbedingung hierfür ist das Schaffen vom Reich anzuerkennender Verbände durch die freien Berufe, also von Berufskammern. Zu diesem Zweck hat sich eine „Vereinigung der freien Berufe“ gebildet, der der B. D. A. angegliedert ist. Die Frage, ob Architektenkammern zu schaffen sind, ob sie vorteilhaft für den Einzelnen sind oder nicht, erledigt sich damit, daß sie zur unabwiesbaren Notwendigkeit werden, soll die freie Architektenschaft nicht auf eine Vertretung ihrer Belange an der für diese wichtigsten Stelle verzichten. (Diese Ansicht teilen wir nicht. Die Red.) Andere freie Berufe besitzen entweder schon Kammern oder sind entschlossen, diese auf Grund des zu erlassenden Reichsgesetzes zu schaffen.

Die mit dem Reichsministerium verabredete Gebührenordnung wurde vom Bundestag im Ganzen ohne Debatte einstimmig angenommen. Infolge des Einspruches eines Landesbezirkes ist sie leider noch nicht von den Reichs-

behörden unterschrieben, jedoch besteht die **Zuversicht**, daß das in nächster Zeit erfolgen werde. Die neue Gebührenordnung, dieses seit Jahrzehnten beratene Schmerzenskind der freien Architekten, baut sich auf dem Grundsatz auf, daß auf Grund der ersten Entwurfsskizzen ein genereller Anschlag auf Kubikmetern Rauminhalte und nach Friedenspreis aufgestellt werde, die Entlohnung des Architekten dann prozentweise nach Fertigstellung der Arbeiten durch Multiplizierung nach dem Reichsindex erfolgen soll.

Über die Tätigkeit des B. D. A. im Interesse der Bauwirtschaft berichtete Arch. Dr. Nagel in Nürnberg. Einestimmig wurde ein Antrag auf Aufhebung der Zwangswirtschaft im Mietwesen angenommen, die als das Hauptthema im Aufblühen privaten Bauwesens verurteilt wurde. Über das Verhältnis des Architekten zum Auftraggeber berichteten Architekt Schluckebier in Hagen i. W. und Lutter in Dortmund. Auch hier ergab sich volle Einigkeit.

Schwer war natürlich die Regelung der Finanzfragen, da ein klarer Voranschlag für das kommende Jahr unmöglich ist. Im Suchen nach einem wertbeständigen Einkommen wurde beschlossen, monatlich 1 Goldmark als Beitrag zu erheben, notleidenden Kollegen aber, soweit möglich, entgegen zu kommen. In allen wichtigen Punkten zeigte sich der Wille zur Einigkeit trotz naturgemäß oft scharf gegeneinander ankämpfender Meinungen in der fast durchgängigen Einstimmigkeit bei den Abstimmungen. Das war auch der Fall bei den Beschlüssen über die Beibehaltung des Mitteilungsblattes des Bundes, der „Baugilde“, hinsichtlich der mit dem Verlag neue Verträge abgeschlossen werden sollen.

Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederberufung des alten: Gurlitt, Dresden, Bestelmeyer, München und Kröger, Hannover. Die Wahl wurde stürmisch begrüßt. Ebenso der Dank des Vorsitzenden an die hannoverschen Kollegen, vor Allem des Ehrenmitgliedes des Bundes, Albrecht Haupt, und an Kollegen Halnhuber, der den Bund in das von ihm ausgestaltete Rathaus führte. Gesellige Zusammenkünfte, den Zeitverhältnissen gemäß in einfacher Form, umrahmten die Tagung, an deren Schluß der Vorsitzende feststellen konnte, daß ihm von drei Mitgliedern rund 10½ Mill. Mark für Bundeszwecke geschenkt worden seien. Auf seine Anregung wurde eine Sammeliste für notleidende Kollegen im Ruhrgebiet aufgelegt, die rund 5,8 Mill. Mark einbrachte.

Freie Deutsche Akademie des Städtebaues. Märkische Arbeitsgemeinschaft. Sitzung am 5. Juli 1923. Hr. Lehweß berichtet über die Hauptversammlung in Leipzig. Von den Beiträgen der Berliner Mitglieder sollen je 3000 M. überwiesen werden zur Bezahlung der Unkosten der Märkischen Arbeitsgemeinschaft. Für Anstellung eines bezahlten Schriftführers, wie Hr. Möhring beantragt, reichen die Mittel vorläufig nicht aus. Hr. Lehweß ist bereit, die Geschäftsführung weiter ehrenamtlich zu erledigen, wenn ihm die baren Auslagen erstattet werden. Die Aufnahme der Hrn. Prof. Sering und Städtebaudirektor Elkart als ordentliche Mitglieder soll schriftlich herbeigeführt werden.

Wegen Ausdehnung der Märkischen Arbeitsgemeinschaft wird beschlossen, die Stadtbauräte Jost in Halle, Taut in Magdeburg, Weißhaupt in Stettin zur „Märkischen Arbeitsgemeinschaft“ heran zu ziehen und sie zu bitten, weitere Herren als außerordentliche Mitglieder in ihren Bezirken namhaft zu machen. Hr. Paulsen schlägt vor, einige Herren aus der Praxis des Bodengeschäftes als Mitglieder aufzunehmen. Es werden einige Bedenken dagegen laut, weil die Akademie dadurch leicht in den Ruf kommen könnte, für geschäftliche Zwecke ausgenutzt zu werden. Ferner wird vorgeschlagen, Hrn. Oberreg.-Rat Weber hinzu zu ziehen; Hr. Fischer wird mit ihm in Verbindung treten. Es soll ferner das Präsidium auf Bildung weiterer Arbeitsgemeinschaften hinwirken.

Hr. Lehweß berichtet über den Vorschlag des Präsidenten Prof. Gurlitt, im Herbst eine Tagung in Berlin in ähnlichem Umfang wie die Leipziger abzuhalten, und für nächstes Jahr die größere Tagung in München in Verbindung mit der dortigen Verkehrs-Ausstellung im Auge zu behalten. Hr. Dr. Albert Hofmann hat dazu vorgeschlagen, die Herbsttagung in Potsdam statt in Berlin zu veranstalten, was allgemeine Zustimmung findet. Hr. Fischer schlägt vor, auch eine Tagung in Magdeburg abzuhalten. Ein Ausschuß aus den Hrn. Giese, Bräuning und Paulsen (Vorsitz Paulsen) soll Vorträge für die Potsdamer Tagung und die Sitzungen des nächsten Winters vorbereiten.

Hr. Paulsen macht darauf aufmerksam, daß in der Frage der Bebauung des Nollendorplatzes sehr heftig und ohne genügende Fachkenntnisse in der Tagespresse gegen die Pläne des Stadtbaurates Lassen angekämpft werde. Er wird beauftragt, an Hrn. Lassen heranzutreten, daß

dieser die städtischen Körperschaften veranlasse, von der Akademie ein Gutachten zu erbitten.

Hr. Bräuning hält ein Eingreifen der Akademie für notwendig, um die jetzt einreißende Unordnung in der Bebauung der Städte zu verhindern, die durch das Bauen kleiner Häuser in den Baulücken zwischen hohen Häusern entsteht. Er wird beauftragt, einen dahinzielenden Zusatz zur Bauordnung auszuarbeiten, den die Akademie dann an die Ministerien weitergeben kann. Hr. Groß hält das Einschneiden der Eisenbahnen als „Grundstücke“ in den Stadtplan für schlimmer, wodurch die vielen kahlen Brandgiebel längs der Bahn hervorgerufen wurden. Die Eisenbahnen müßten als Verkehrsstraßen betrachtet werden.

Der Bund angestellter Deutscher Architekten und Bau-Ingenieure hält am 25. und 26. August 1923 in Bremen seinen Bundestag ab. Eine umfangreiche Tagesordnung, die sich mit Standesfragen, Gehalts- und Tarif-Angelegenheiten, sowie mit Festigung der inneren Organisation und Erweiterung des Bundes befassen wird, verspricht dem Bundestag besondere Bedeutung zu geben.

Eine Ausstellung von Arbeiten der Mitglieder soll der Öffentlichkeit zeigen, welche künstlerische Bedeutung auch den angestellten Architekten bei der Bearbeitung der vielseitigen Bauaufgaben, bei denen sie vielfach nur als stille Kräfte mitwirken, zukommt.

Der Bund, Geschäftsstelle Bremen, Großbeeren-Str. 14, hat sich über ganz Deutschland verbreitet. Er bezweckt den Zusammenschluß aller angestellten Architekten und Bauingenieure deutscher Sprache und deutscher Länder zur Hebung des Standesanehens, zur Vertiefung ihrer künstlerischen und technischen Bildung, zur Wahrung und Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen, zur Besserung ihrer Rechtsverhältnisse, sowie zum Schutz ihrer geistigen Arbeit, insbesondere zur Anerkennung ihres Urheber- und Miturhebers-Rechtes an allen Werken, die sie selbst geschaffen oder an denen sie schöpferisch mit tätig waren. — Dazu dienen: 1. Standespolitische Maßnahmen und Ausübung eines Schieds- und Ehrengerichtes; 2. Zusammenarbeit mit anderen Verbänden bei Interessen-Gemeinschaft; 3. Gemeinsames Vorgehen zur Verbesserung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse; Abschluß von Tarifverträgen; 4. Mitarbeiten der Gesetzgebung, insbesondere Einwirkung auf Schaffung einer für alle Architekten gemeinsamen Ständevertretung; 5. Vorträge und Besprechungen über soziale und wirtschaftliche, technische und künstlerische Fragen, sowie Aufklärung der Öffentlichkeit durch Wort und Schrift über den Wert technischer und künstlerischer Arbeit; 6. Einwirkung auf das technische Bildungswesen, wegen einer mehr praktischen und künstlerischen, als wissenschaftlichen Form des Studienganges. Der Bund bezweckt keine politischen und religiösen Bestrebungen.

Die ordentlichen Mitglieder müssen technisch vorgebildet sein und als Architekt den Nachweis künstlerischer Befähigung erbringen, als Bau-Ingenieur mit den statisch unbestimmten Systemen vertraut sein. —

Vereinigung der technischen Oberbeamten Deutscher Städte. Die diesjährige Hauptversammlung findet vom 13. bis 15. September in Münster in Westf. statt. Im Anschluß wird der „Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege“ vom 16. bis 18. September gleichfalls in Münster tagen und verhandeln u. a. über Arbeit, Erholung und Wiederaufbau unseres Volkes.

Die Tagesordnung der „Vereinigung“ sieht für 13. Sept. 1923, 8 Uhr eine zwanglose Zusammenkunft im oberen Saal der Ratschänke am Roggenmarkt und für 14. und 15. Sept. 1923, vorm. 9 Uhr die Hauptversammlung im Sitzungssaal des alten Rathauses vor.

Die Tagesordnung im engeren Sinn enthält: 1. Geschäftliches; 2. „Die Vervollständigung der städtischen Bauämter und städtischen Betriebe.“ Berichterstatter: Stadtbaurat Dr.-Ing. Althoff-Frankfurt a. O.; 3. „Wirtschaftliches Bauen.“ Berichterstatter: Regierungsbaurath Stegemann-Dresden; 4. Neuere Gebührenordnungen für Kanalenutzung, Hausmüllabfuhr usw. Erörterungen des Magistratsbaurates Dr.-Ing. Scheuermann-Wiesbaden; 5. Aussprache über die Frage der Mietsfestsetzung in neu erbauten Häusern, eingeleitet durch Städtobaurat Ramspeck-Schwerin; 6. Berechnungsregeln bei Stadtentwässerungen. Mitteilungen des Stadtbaurates Dr.-Ing. Schubert-Gotha; 7. Überhöhung und Übergangskurven bei Straßenbahngleisen. Berichterstatter: Stadtbaurat Michael-Chemnitz; 8. Aussprache über die Bearbeitung der baukünstlerischen Fragen in den einzelnen Städten und Ländern; 9. Verschiedenes; 10. Neuwahl des Vorstandes.

Nach Schluß der Verhandlungen finden unter sachkundiger Führung Besichtigungen statt. (Rathaus, Dom, Adelshöfe, Neubauten der Universitätsklinik, Schleppzugschleuse am Dortmund-Emskanal usw.) —